

Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 41 mm breite Beizeile (Moffe's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwanzeiger Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretznig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Arbeitsstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 21

Mittwoch, den 25. Januar 1928

80. Jahrgang

Das Wichtigste

Der deutsche Botschafter von Wittwig-Gaßron ist am Dienstag in Remyport gelandet.
Wie aus Remyport gemeldet wird, wird die bekannte deutsche Fliegerin Thea Rasche am Montag mit dem Sapanzdampfer „Albert Ballin“ nach Hamburg zurückkehren.
Die Eisbildung im Nigaischen Meerbusen ist so weit vorgeschritten, daß selbst die stärksten Dampfer ohne Eisbrecherhilfe das starke Eis nicht mehr bewältigen können. Vorgestern brachte der lettländische Staatseisbrecher 16 Dampfer in das offene Wasser und befindet sich mit sechs Dampfern auf der Rückfahrt nach Riga.
Durch einen heftigen Sturm waren 15 Fischerboote vom Sibauer Strande in die See getrieben worden. Dem zur Hilfeleistung hinausgeschickten Dampfer ist es nur mit großer Mühe gelungen, die Fischer zu bergen. Ein mit vier Fischern besetztes Boot trieb sieben Tage auf der offenen See umher. Nur durch einen Zufall konnten die Besatzten, denen Arme und Füße abgefroren waren, gerettet werden.
In der Nähe von Detroit (Amerika) gelang es 21 Zuchthäusern aus dem Buchtland zu entkommen, indem sie einen Tunnel unter die sechsstöckige Zuchthausmauer gruben.
Wie aus vielen Städten Schwedens mitgeteilt wird, haben die Arbeiter der Zellulose-Industrie den Vermittlungsvorschlag abgelehnt. Man rechnet mit der Aussperrung der Sägewerkindustrie für den 30. Januar. „Altonbladet“ berechnet die Zahl der gegenwärtig Streikenden auf 26 000 und ist der Meinung, daß sich diese Zahl bis Ende Januar auf 50 000 erhöhen wird.

Vertilgung und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz (Die höchsten Ehrenpreise, die bei einer Geflügelausstellung vergeben werden, sind die des Staates, der Landwirtschaftskammer, des Bundes Deutscher Geflügelzüchter und des Landesverbandes Sächsischer Geflügelzüchtervereine. Auf der am 7. und 8. Januar im Gasthof Pulsnitz M. S. stattgefundenen 3. Geflügelausstellung des Geflügelzüchtervereins Pulsnitz wurden diese Ehrenpreise wie folgt vergeben: 1 bronzenne Staatsmedaille auf rebh. Italiener Herr W. Tanfina, Büdgen. 1 bronzenne Kammermedaille auf Reichshühner Herr Stadtrat Borsdorf, Pulsnitz. 1 Kammer-Ehrenurkunde auf gestr. Plymouth Herr Fritz Kuske, Elstra; auf Peking Enten Herr Reinhold Garten, Grube Marga. 1 silberne Bundes-Medaille auf weiße Brünner Herren Willy Greubig und Herbert Köstke, Pulsnitz. 1 silbernen Bundes-Ehlfügel auf Sumatra Herr Kurt Weiß, Pulsnitz; auf Hamburger Silberpantel Herr Otto Hübler, Pulsnitz M. S. 1 verfilberte Landesverbands-Medaille auf schwarze Steigerköpfer Herr Erwin Ribesam, Reichenbach. 1 bronzenne Landesverbands-Medaille auf schwarze Berkehtsflügel Herr Alfred Werner, Nabeberg.

(Aus dem Gemeinsamen Ministerialblatt.) Das Gemeinsame Ministerialblatt Nr. 1 vom 20. Januar enthält Bekanntmachungen über die Befreiung von Doppelbesteuerung in Landesstempelsachen, über die Nachversicherung von ausgeschiedenen Beamten nach § 18 des Angestelltenversicherungsgesetzes, über die Rassen- und Rechnungsführung, über die Pachtzinsen für Dienstwohnungsgärten und über die Wiederherstellung der vernichteten Wiener Grundbücher.

(Erbrecht der Geschwister.) Die Frage, wann Geschwister erben, wird besonders häufig in den Fällen gestellt, in denen Kinder des Erblassers nicht vorhanden sind. Nur in diesen Fällen wird sie auch tatsächlich praktisch, da durch das Vorhandensein von Abkömmlingen eine Erbfolge der Seitenverwandten ausgeschlossen wird. Sind keine Kinder vorhanden, so kommt ein Erbrecht der Geschwister dann in Frage, wenn ein oder beide Eltern Teile des Erblassers verstorben sind oder aus anderen Gründen wegfallen. Nach § 1925 BGB. sind gesetzliche Erben der zweiten Ordnung (gesetzliche Erben der 1. Ordnung sind die Kinder des Erblassers) die Eltern des Erblassers und deren Abkömmlinge. Leben noch beide Eltern des Erblassers z. B. des Erblassers, so erben sie allein zu gleichen Teilen, sie schließen die Geschwister des Erblassers von der Erbfolge aus. Ist einer der Elternteile gestorben, so treten an dessen Stelle seine Abkömmlinge. In solchem Falle erbt also der allein noch überlebende Elternteil die eine Hälfte, die andere Hälfte fällt an die Abkömmlinge des verstorbenen Elternteils. Sind Abkömmlinge dieses nicht vorhanden, so bekommt der überlebende Elternteil allein die ganze Erbschaft, sind dagegen beide Elternteile weggefallen, so teilt sich die Erbschaft ganz unter ihre Abkömmlinge, und zwar erhalten in diesem

Einigung im Regierungslager über die Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft

Neuregelung der Steuer-Rahmengesetze — Bereitstellung von 400 Millionen auf dem Anleihewege

Ueber die Verhandlungen zur Behebung der Agrarkrise teilt man mit, daß die Besprechungen, die in Anwesenheit des Reichsfinanzministers Dr. A. H. L. e. r. im Interfraktionellen Ausschuß der Regierungsparteien im Reichstag fortgesetzt wurden, zur Uebereinstimmung in folgenden Fragen führten:
Auf steuerlichem Gebiet wurde die Zustimmung des Reichsfinanzministers zu den von seiten der Reichsregierung als möglich angesehenen Maßnahmen erreicht. Die Rahmengesetze für die Einkommen- und Umsatzsteuer für die nicht-buchführenden Landwirte wurden bei den Abschluß- und Vorauszahlungen der Abschlusssache angepaßt. Die Zinsen für Steuerrückstände sollen niedergeschlagen werden. Bei etwaigen Pfändungen soll sichergestellt werden, daß die Bestimmung berücksichtigt wird, wonach die Weiterführung des Betriebes nicht gestört werden darf.

In der Frage der Uebernahme der Rentendankgrundschuldszinsen

sollen die Verhandlungen unter Hinzufügung der Rentendankkreditanstalt, der Preussenkasse, sowie des preussischen Landwirtschafts- und Finanzministers fortgesetzt werden. Hierbei wird die Frage der Zwischentreditgewährung durch das Reich für die eingefrorenen Genossenschaftskredite und die Einleitung der Umschuldung durch Auslandsanleihe zur Entscheidung gebracht werden. Bei der Etaklage des Reiches steht der Reichsregierung nur der Rückgriff auf die im Reichsbankgesetz vorgesehene

Begebung von Schatzwechseln bis zur Höhe von 400 Millionen Mark

offen. Für die Schatzwechsel ist die Aufnahmefähigkeit des Inlandmarktes erst zu prüfen, so daß eine unmittelbare Belastungsmöglichkeit noch nicht besteht. In Regierungskreisen herrscht Klarheit darüber, daß durch diese Maßnahmen die

Fälle die Abkömmlinge des Vaters die eine und die Abkömmlinge der Mutter die andere Hälfte der Erbschaft. Diese Regelung erlangt besondere Bedeutung, wenn Stiefkinder vorhanden sind. Diese erhalten nur die Hälfte von dem, was die gemeinsamen Kinder der Eltern bekommen. War der Erblasser verheiratet, so tritt neben die Erbschaft seiner Geschwister das Erbrecht des überlebenden Ehegatten. Dieser erhält einmal den fogen. Voraus (§ 1932 BGB.). Das sind die zum ehelichen Hausstand gehörenden Gegenstände, soweit sie nicht Zubehör eines Grundstückes sind, und die Hochzeitsgeschenke. Daneben erhält der überlebende Ehegatte die Hälfte der gesamten Erbschaft. In diesem Falle verringern sich also die Anteile der Verwandten (der Eltern des Erblassers resp. deren Abkömmlinge, also der Geschwister des Erblassers) auf die Hälfte.

(Frühjahrs-Prüfung von Landwirtschaftslehrlingen.) Wie die Pressestelle der Landwirtschaftskammer mitteilt, werden im März d. J. wiederum Prüfungen von Landwirtschaftslehrlingen zur Erlangung eines Befähigungsnachweises abgehalten. Die Meldungen der Prüflinge haben bis zum 18. Februar an die Landwirtschaftskammer in Dresden, Sidonienstraße 14, zu erfolgen. Dorthselbst werden Prüfungsordnung und Fragebogen abgegeben.

(5000 Fahnen beim Wiener Festzug.) In dem in Wien anlässlich des 10. Deutschen Sängerbundesfestes stattfindenden Festzuge werden neben zahlreichen Festwagen, Trachtengruppen usw. allein gegen 5000 Vereinsfahnen vertreten sein, die aus allen Teilen des Reiches die Vereine begleiten werden. Unter ihnen befinden sich zahlreiche wertvolle alte Stücke, die schon seit Jahrzehnten das Symbol der Vereine bilden. Der Festzug, der über die Ringstraße sich bewegt, wird im Prater endigen. Ein Teil der Korunde wird eigens für die Aufbewahrung der Fahnen hergerichtet. Umfassende Sicherheitsmaßnahmen gegen Feuer und Diebstahl sind vorgesehen.

(Was an der tschechoslowakischen Grenze zollfrei ist.) Aus Prag wird berichtet: Die soeben in der Sammlung der Gesetz und Verordnungen erschiene Durchführungsverordnung zum neuen tschechoslowakischen Zollgesetz sind auch die Bestimmungen enthalten über die Be-

Landwirtschaft lediglich gestützt, aber noch nicht wieder rentabel gemacht werden kann. Soweit gesetzliche Maßnahmen hierzu führen können, ist eine Aenderung der zoll- und handelspolitischen Haltung des Reiches unumgänglich. Deshalb sehen die Forderungen auch eine Minderung des Gefrierfleischkontingentes und entsprechende Grenzsperrn für lebendes Vieh vor sowie auch die Bereitstellung von Mitteln zur Abfahregelung und Produktionsverbilligung auf dem Gebiete des Schweinemarktes in Gestalt des Zollaufkommens aus Vieh- und Fleischeinfuhr.

30 Millionen Reichshilfe für die Länder

Zur Durchführung des Schulgesetzes.

Im Bildungsausschuß des Reichstages nahm Reichsinnenminister v. Reudeli das Wort, um über die Beteiligung des Reiches bei dem entstehenden Kosten des Reichsschulgesetzes zu sprechen. Die Reichsregierung bestreite nicht, daß die Einführung des Gesetzes den Ländern und Gemeinden, denen die Aufbringung der Schullasten obliege, Mehrkosten verursachen könne. Angesichts ihrer gespannten Finanzlage sei sie bereit, den Ländern eine einmalige Beihilfe bis zu 30 Millionen Mark in Aussicht zu stellen. Die Beihilfe solle die Ueberleitung in den neuen Rechtszustand erleichtern. Ein voller Ersatz der Kosten, insbesondere eine Beteiligung des Reiches an den laufenden Mehrkosten für das Volksschulwesen müsse nicht nur aus grundsätzlichen Erwägungen, sondern auch deshalb abgelehnt werden, weil es kaum möglich sein werde, diese Kosten von den jeweiligen Ausgaben zu trennen, die das in stetiger Entwicklung befindliche Volksschulwesen auch ohne Erlaß des Gesetzes verursachen werde.

darfsgegenstände, die unverzollt von den Reisenden in die Tschechoslowakei mitgenommen werden können, und zwar: Lichtbildapparate mit höchstens 12 Platten oder einem Filmpaket, Jagdwaffen, Schußwaffen mit 25 Patronen, 12 Stück Zigarren gewöhnlicher Größe oder 60 Stück Zigaretten oder 60 Gr. Tabak. Wenn gleichzeitig Zigarren und Zigaretten und Tabak eingeführt werden, so wird eine Zigarre gewöhnlicher Größe 5 Gr. Tabak oder 5 Zigaretten gleichgestellt. Zigarren von ungewöhnlicher Größe dürfen zollfrei nicht mehr als 8 eingeführt werden. Vom Zolle nicht befreit sind Gegenstände, die bei Ausübung des Berufes gebraucht werden, z. B. Nägel, Schrauben, Zwirn, Knöpfe oder Prospekte und Programme, die auf der Reise befindliche Künstler mit sich führen. In der Regel müssen Reisebedarfsartikel gebraucht sein, das heißt, deutlichste Zeichen der Verwendung tragen.

Obersteina. (Der Arbeiterunterstützungsverein) feierte am letzten Sonnabend im Gasthof zu den Linden sein diesjähriges Stiftungsfest. Die Mildeische Musikkapelle leitete das Fest mit einem schneidigen Marsch ein, es folgten einige gute Konzerte. Dann nahm der Vorsitzende, Herr Gustav Laub, das Wort, begrüßte alle Erschienenen, dankte für den guten Besuch und wünschte ferner dem Verein weiteres Blühen und Gedeihen. Er schloß mit dem Wahlspruch: Wir helfen nach Kräften, wir lindern die Not bei Krankheit, Brandunglück und Tod! Ferner spielte die Volksbühne den Einakter „Der pfiffige Franz“ von H. Schenk und das Gesamtspiel mit Gesang: „Buchholzens Landpartie“. Die Rollen waren gut eingelernt und fanden beide Aufführungen guten Anklang. Den Spielern sei auch an dieser Stelle bestens gedankt. Nachdem trat der Ball in seine Rechte und hielt die Teilnehmer lange beisammen. Die wenigen Stunden werden vielen in Erinnerung bleiben.

Großröhrsdorf. (Hoteldieb.) Ein Fremder, der im Gasthof zum Stern am Sonnabend abend übernachtete, stahl daselbst aus einem Kleiderschrank eine Anzahl Kleidungsstücke der Wirtsleute, u. a. einen Herrenpelz, einen schwarzen Anzug, ein Damenkostüm und verschiedene andere Sachen und verschwand darauf, ohne daß jemand etwas bemerkte. Er hat sich daselbst eingekleidet und seine alten

Sachen liegen lassen. Angeblich wollte er morgens 7 Uhr geweckt sein. Als man dies tat, war der Vogel mit seiner Diebesbeute ausgeflogen. Etwasige Wahrnehmungen, die zur Festnahme des Täters führen können, wolle man der Polizei mitteilen.

Dresden. (Fritz Busch wieder in Dresden.) Generaldirektor Fritz Busch ist von seiner Amerikareise zurückgekehrt und hat seine Tätigkeit in Dresden wieder aufgenommen. Als erste Vorstellung wird er am kommenden Donnerstag, den 26. Januar den „Lohengrin“ dirigieren.

Freiberg. (Großer Silbermünzenfund.) Bei Ausschachtungsarbeiten in dem Grundstück der Firma Kurt Thriemer wurde ein großer Silbermünzenfund gemacht. Die Silbermünzen zeigen mit wenigen Ausnahmen noch vollen Prägglanz. Sie haben einen Durchmesser von 4,5 Zentimeter, sind also größer als unsere Fünfmarsstücke. Im ganzen wurden etwa 100 Stück gefunden. Die kostbaren Münzen stammen zum größten Teil aus den Jahren 1630 und 1631, zeigen auf der Aversseite das Bild des Kurfürsten Johann Georg I. und auf der Reversseite das sächsisch-polnische Wappen. Es ist anzunehmen, daß der Silberschatz im Dreißigjährigen Kriege, und zwar kurz vor der Belagerung durch die Kaiserlichen unter Gallas, vergraben wurde.

Plauen. (Verhaftete Einmietediebinnen.) Hier wurden zwei von der Polizei seit langem gesuchte Einmietediebinnen, die Maschinenreparaturmeisterin Renzner und die Kontoristin Lindert, beide aus Bayern, festgenommen. Sie waren in einem Auto aus Leipzig gekommen und versuchten hier einen Kaufmann zu schädigen, wurden jedoch von einem zufällig anwesenden Freunde des Kaufmanns erkannt und der Polizei übergeben.

Bad Schandau. (Rudolf Sendig ernstlich erkrankt.) Der Gesundheitszustand Rudolf Sendigs, des Seniors des deutschen Hotelierwesens, dessen 80. Geburtstag kürzlich mit großen Feierlichkeiten begangen wurde, ist nach ärztlicher Ansicht besorgniserregend.

Schlettau i. Erzgeb. (Riesenunterschlagung in der Kirchenkasernenverwaltung.) In der hiesigen Kirchenkasernenverwaltung sind große Unterschlagungen aufgedeckt worden, die sich auf 100 000 Mark belaufen sollen. Im Zusammenhang damit wurde bereits ein Stadtverordneter verhaftet, der jedoch vorher schon sein Amt niedergelegt hatte.

Leipzig. (Einreiseerleichterungen für die Leipziger Messe.) Wie das Auswärtige Amt dem Leipziger Messeamt mitteilt, sind die deutschen Auslandsbehörden in der Türkei angewiesen worden, den Besuchern der Leipziger Messe aus der Türkei Sichtvermerke mit vierwöchiger Geltungsdauer gebührenfrei auszustellen. Ferner werden den Besuchern der Leipziger Messe gebührenfreie Durchreisepässe durch Ungarn unter Wahrung der Gegenseitigkeit der Budapest Messe bis auf Widerruf erteilt.

Der Gebietsaustausch mit Thüringen vor dem Landtag.

(60. Sitzung.) OB. Dresden, 24. Januar.

Der Präsident teilt zu Beginn der Sitzung mit, daß keine Bestimmungen stattfinden werden, da einige Mitglieder einer großen Partei (gemeint ist die Deutschnationale Volkspartei) nicht an der Sitzung teilnehmen könnten. Den ersten Punkt der Beratung bildet eine kommunifische Anfrage wegen Ausbeutung des Erzgebirges im Erzgebirge durch ausländische Firmen.

Finanzminister Weber verteilte eine längere Erklärung, aus der zu entnehmen ist, daß privatwirtschaftliche Betriebe von nennenswertem Umfange sich im Erzgebirge nicht aufgetan hätten. Die großen Erwartungen, die man auf die Erzgebirgsentwicklung gesetzt habe, hätten sich nicht erfüllt. Ein planmäßige Erfassung des Gebietes sei nur zu begründen. Der Staat selbst könne sie nicht vornehmen, weil die Mittel fehlten.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes über einen Gebietsaustausch mit dem Lande Thüringen. Die Frage, ob eventuell der wirtschaftliche Wert der sächsischen Austauschgebiete höher zu erwarten ist als der der thüringischen, lasse sich nicht mit ausreichender Sicherheit beurteilen, da die wirtschaftliche Entwicklung der in Betracht kommenden sächsischen Gebiete in den letzten Jahren nicht gleichmäßig gewesen ist. Bei den Vertragsverhandlungen hat sich Einverständnis darüber ergeben, daß im Hinblick auf das bereits gekennzeichnete Ziel des Grenzgleiches auf Kompensationen jedweder Art gegenseitig verzichtet werden müsse. In den für den Austausch nach Thüringen in Betracht gezogenen sächsischen Gebieten ist verschiedentlich die Befürchtung laut geworden, daß der Wechsel der Landeshoheit für sie in finanzieller Hinsicht außerordentlich nachteilig sein werde, da sie in steuerlicher Beziehung in Thüringen wesentlich schlechter gestellt sein würden als in Sachsen. Durch den in der Vorlage bezeichneten Gebietsaustausch ist den Bestrebungen der Verwaltungsreform und Verwaltungsangleichung der Länder untereinander zum erstenmal in praktischer Beziehung Rechnung getragen worden. Die Tatsache, daß die Grenzgleichheitsverhandlungen zwischen den beiden Ländern zum Erfolg geführt haben, läßt erhoffen, daß es gelingen wird, gegebenenfalls auch noch auf anderen Gebieten eine Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung oder eine weitere Angleichung der Verwaltungen beider Länder herbeizuführen.

Abg. Dr. Gardt (Dn.) weist auf die Erregung hin, die in vielen der betroffenen Gebiete Platz gegriffen habe, vor allem werde von einzelnen Gemeinden befürchtet, daß sie durch den Ausgleich in finanzielle Schwierigkeiten geraten könnten. In ähnlichem Sinne sprach sich Abg. Wölgel (D. Vp.) aus und erinnerte vor allem an Fraureuth. Er beantragt die Überweisung des Entwurfs an den Rechtsausschuß.

Abg. Kaufsch (Soz.) bemängelte Einzelheiten des Gebietsaustausches. Eine Vereinfachung der Verwaltung sei hierdurch nicht eingetretten. Abg. Kemmer (Komm.) meint, dem Ziele der Vereinheitlichung des Reiches sei man durch den vorliegenden Vertrag nicht näher gekommen. Abg. Dr. Dehn (Dem.) erklärt, auch seine Partei stehe der Vorlage kühl gegenüber, denn sie habe keine größere Bedeutung, aber Ziel und Weg zum Einheitsstaat würden durch die Vorlage nicht gefährdet. Abg. Deuschel (Wirtschaftspartei) vertritt dem Vorredner gegenüber den Standpunkt, daß der Wille der Beteiligten berücksichtigt werden müsse.

Ministerpräsident Seidz wird erklärt, die Aussprache habe gezeigt, daß man von einer Einheit des Reiches noch weit entfernt sei. Es sei unmöglich gewesen, die Wünsche des einzelnen entgegenzunehmen. Die Frage inwiefern Verschmelzung von Thüringen und Sachsen müsse sehr vorsichtig behandelt werden, damit nicht auf der Gegenseite der Eindruck entstehe,

daß Sachsen einen anderen Staat schlucken wolle. Die Vorlage wird an den Rechtsausschuß überwiesen. Ein Gesuch des Bundes Sächsischer Hebammenvereine wird an den Prüfungsausschuß zurückverwiesen. Einen volksparteilichen Antrag betr. den Reichsgesetzentwurf über den Reichswirtschaftsrat

beantragt der Ausschuss in folgender Fassung anzunehmen: „Die Regierung zu ersuchen, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß in dem Gesetz über den Reichswirtschaftsrat die nach Artikel 165 der Reichsverfassung verbürgte paritätische Mitwirkung der Arbeitnehmer geregelt wird. Ferner, dafür zu sorgen, daß bei der Bildung des endgültigen Reichswirtschaftsrates das regionale Prinzip dadurch betont wird, daß sie bei der Benennung der Mitglieder der Gruppe 13a im Reichsrat sich mit allen Kräften für die Belange der sächsischen Wirtschaft einsetzt, daß sie weiter auf die Reichsregierung dahin einwirkt, daß diese bei der Berufung der Mitglieder der Gruppe 14 den berechtigten Interessen des Freistaates Sachsen und seiner Wirtschaft Rechnung trage.“

Ein Regierungsvertreter erklärt, der Gesetzentwurf befinde sich bereits im Reichstage. Darum besteht für die sächsische Regierung keine Möglichkeit mehr, die Gestaltung des Entwurfs zu beeinflussen. Ein kommunifischer Antrag verlangt die Wiederbetriebnahme der Zweigstelle Bauwesen der Vereinigten Zuteilung und Weberei A.-G. Hamburg. Der Ausschuss beantragt Ablehnung des Antrages. Anträge der Sozialdemokraten und der Kommunisten verlangen, Arbeiterbildungsvereinstellungen für gemeinnützig zu erklären.

Abg. Siegert (Dn.) verlangt paritätische Behandlung aller Gesangsvereine, die ohne Absicht auf Gewinnerzielung nur dem Zweck der Bildung und Kunstpflege verfolgen. Auch die in Deutschland Sängerbund vereinigte Vereine und Chorgesangsvereine hätten Anspruch darauf, daß ihre Tätigkeit als eine gemeinnützige anerkannt werde.

Drei kommunifische Anträge betreffen Notstandsarbeiten zur Behebung der Arbeitslosigkeit für Arbeitslose solcher Betriebe, die Witterungsverhältnissen unterliegen, und endlich die Hebung der Verhältnisse der Notstandsarbeiter.

Abg. Siegnoth (Soz.) richtet namens seiner Fraktion die Anfrage an die Regierung, was sie zu tun gedenke, um die in haltbaren Zustände bei den Arbeitssängern abzuändern und um Tausende von Bau- und Fassonarbeitern, sowie die Gemeinden vor schwerem Schaden zu schützen.

Ein Regierungsvertreter teilt mit, derartige Klagen über eine Reichsanstalt müßten bei dem Organ dieses Volksverwaltungsrates angebracht werden. Die sächsische Regierung könne auf die Tätigkeit der Reichsanstalt nur wenig einwirken.

Abg. Opitz (Komm.) schildert ausführlich die Verhältnisse der Notstandsarbeiter und verlangt Abstellung der Mißstände. Mit weiteren Ausführungen des Abg. Siegnoth schließt die Aussprache. Die Abstimmungen finden später statt. Nächste Sitzung Donnerstag, den 26. Januar.

Der Notruf der Landwirtschaft.

Die 8. Grüne Woche in Dresden.

Am ersten Tage der Dresdener Grünen Woche, deren Bedeutung weit über Sachsens Grenzen hinaus erkannt wird, hielt der Landesverband Sächsischer Herdbuchgesellschaften seine öffentliche Hauptversammlung ab, wobei Landwirtschaftsrat Uhlmann einen Vortrag hielt über den Stand der Zucht des schwarzweißen Zieslandrindes im Landesverband Sächsischer Herdbuchgesellschaften. Ferner fand eine öffentliche Vortragssammlung des Landesverbandes Sachsen für Obst- und Weinbau, und die Mitgliederversammlung des Sächsischen Fischereivereins mit anschließender Vortragsveranstaltung statt. In einer Versammlung der Fachkommission für Forstwirtschaft sprach Professor Dr. Raab-Charandt über die Auswirkung von Verfall auf die deutsche Forstwirtschaft und Prof. Dr. Hils-Gerswalde über „Neue Ergebnisse auf dem Gebiet der forstlichen Arbeitstechnik“.

Der Landesausschuß der sächsischen Landwirtschaft veranstaltete einen Empfang, bei dem der Präsident des Reichslandbundes Reichstagsabgeordneter Hepp über die wirtschaftliche Lage und die Bedeutung der Landwirtschaft sprach.

Die Gesamtverschuldung der Landwirtschaft betrage ungefähr 13 Milliarden Mark, darunter über sieben Milliarden Neuberschuldung; dies zeige den äußersten Mangel an Rentabilität. Hier liege der Kern der Agrarkrise. Die Landwirtschaft erkenne durchaus die

Mittel der Selbsthilfe

und habe sie bereits in Angriff genommen. Zum Schuldenproblem, das in seiner endgültigen Lösung eine Rentabilitätsfrage sei, erkläre der Redner, eine systematische Umschuldung durch ratenweise Zuführung von langfristigen Krediten zu erträglichen Zinsbedingungen sei notwendig. In Verbindung hiermit müsse ein System von Kreditgutachterauschüssen errichtet werden. Zur Bevorschussung derartiger Kredite müßten Mittel des Reiches und der Länder herangezogen und zur Beschaffung zweifelteller Hypotheken provinzielle Bürgschaften bereitgestellt werden. Erforderlich sei ferner eine Verschiebung der Fälligkeitstermine der nächsten Rückzahlungen nach der nächsten Ernte, ebenso Erlass der Rentenbankgrundschuldzinsen. Zur Sicherung der Produktion sei ein energischer Schutz der nationalen Arbeit erforderlich. Das gelte vor allem für die noch zu erledigenden Handelsverträge mit der Tschechoslowakei und Polen sowie für die Verabschiedung des endgültigen Zolltarifs. Da der Handelsvertrag mit Polen an den Lebensnerv des Bauernstandes rühre, gebe es hier für die Landwirtschaft keine Halbheiten.

Die Steuerpolitik habe die Landwirtschaft seit 1925 nicht weitergebracht, wobei ein offensichtliches Verlagen der zuständigen Stellen festzustellen sei. In ihrer Gesamtheit sei die steuerliche Belastung unerträglich hoch; sie verhindere jegliche Rentabilität und die Neubildung von Kapital. Höhe und Tempo der Verschuldung zeigten, daß

ein gut Teil Steuern aus Krediten bezahlt

worden sei. Äußerste Beschränkung der Grundsteuern der Länder müsse gefordert werden. Auch bei den Einkommens- und Umsatzsteuerrichtungen, die trotz Verschlechterung der Gesamtlage vielfach die Säuge des Vorkrieges überfliegen, müsse sofortige Abstellung erwartet werden.

Den Ausführungen des Reichslandbundspräsidenten Hepp ging ein Vortrag des Vertreters der sächsischen Genossenschaftsorganisation, Verbandsdirektors Dr. Schöne, voraus. Daß eine Einschränkung der Kreditgewährung eintreten müsse, gelte allgemein als selbstverständlich. Das bedeute aber, daß im nächsten Jahr weniger Dünger verwendet werde, weniger Futtermittel verdrängt würden, vor allem auch weniger Maschinen und Geräte von der Industrie abgenommen werden könnten.

Oberfinanzrat Dr. Bang über „Dawes-Vertrag und Nationalwirtschaft“

Dresden, 24. Jan. Mit einem politisch-gefestigten Abend des Sächsischen Landbundes im Hotel Bristol fand der zweite Tag der Grünen Woche seinen Abschluß. Nach kurzen Begrüßungsworten des Landtagsabgeordneten Schreiber hielt Oberfinanzrat Dr. Bang einen Vortrag über „Dawesvertrag und Nationalwirtschaft“, wobei den Kern seiner Ausführungen die Feststellung bildete, daß das Problem der deutschen Wirtschaftskrise kein Anleiheproblem, sondern ein Rentenproblem sei, wie auch das Hauptproblem in der Landwirtschaft nicht das der Entschuldung, sondern das der Wiederherstellung der Rente sei. Last Jahre habe man aus dem Fettpfopf der „Erzungenen“ geschöpft und gelebt, aus der Landwirtschaft vor dem Kriege sei durch Umfury und Inflation eine Betragswirtschaft geworden, der dann eine Marktwirtschaft gefolgt sei. Nicht der verlorene Krieg, sondern der Umfury mit seinen Folgen sei die Ursache des Unglücks. Deutschland lebe gegenwärtig in einer Zeit der kalten Sozialisierung, des schleichenden Bolschewismus. Zwischen zwei Enteignungsspielen stehe das deutsche Wirtschaftsleben: von innen die marxistische Genossenschaftswirtschaft und von außen der Verfall der Welt und der Dawes-Vertrag. Zwei Wirtschaftskonjunkturen gebe es in Deutschland, eine parlamentarische, die natürlich gut sei, einen vom Reichswirtschaftsministerium besohlenen Optimismus und eine sachlich betrachtete und begründete, die bitter ernst sei, eine Scheinkonjunktur, wobei das wachsende Passivum durch immer neue Schulden gedeckt werde. Nicht um Anleiheprobleme, wie man immer sage, handele es sich, sondern um Kredite, die nötig seien, um die deutsche Wirtschaft überhaupt am Leben zu erhalten, und daran habe letzten Endes doch kein Staat des Auslandes auch nur das geringste Interesse. Trotz des Fehlens von Ausfuhrüberschüssen erfülle und transferiere man und zahle so Dawes- und Kriegsschulden mit der steigenden Verschuldung der Privatwirtschaft, die dadurch ja auch zur Aufnahme von Krediten gezwungen werde. Jeder neue Kredit mache aber den Eigentümer immer mehr zum bloßen Verwalter. Anders sei das in einer freien Wirtschaft, aber in einer marxistisch gebundenen Wirtschaft werde jeder Kredit ein Konjunkturkredit. Nur ein Kredit aus den Uberschüssen der Arbeit habe wirklichen Wert. Darum los vom Marxismus! Geschlossener und einiger Widerstand gegen die gegenwärtige Wirtschaftsform sei notwendig. Internationale Wirtschaft bedeute für Deutschland Ergänzung seiner Waffenablieferung durch Wirtschaftsauslieferung. Die Landwirtschaft werde ihre Interessen rücksichtslos vertreten müssen, weil sie sich mit den Interessen des deutschen Volkes deckten. Eine stillgelegte Landwirtschaft heiße ein stillgelegtes Volk. Nur Leute dürften in die Parlamente gewählt werden, denen die Sache über das Mandat gehe. Es gebe nur zwei Dinge für die völkische Schicksalsgemeinschaft: gemeinsamer Untergang oder gemeinsames Auferstehen.

Nach dem Schlußwort des Abgeordneten Schreiber schloß sich ein gefestigtes Beisammensein an.

Rundgebung der älteren Angestellten.

Berlin. Wie der „Gewerkschaftliche Pressebrief“ mitteilt, fordert der Gewerkschaftsbund der Angestellten, daß der Reichstag veranlaßt werde, ein Gesetz über die Verpflichtung zur Einstellung älterer Angestellter endlich zu verabschieden.

Rückforderung der 100-Millionen-Düngerkredite erst nach der Ernte 1928/29.

Am Dienstagmorgen wurden die Verhandlungen im Interfraktionellen Ausschuss des Reichstags fortgesetzt, an denen der preussische Landwirtschaftsminister und Vertreter der Preussentasse und der Rentenbankkreditanstalt teilnahmen.

Zunächst wurden Bedenken wegen der Uebernahme der Rentenbankschuldzinsen durch das Reich erörtert. Es wurde darauf hingewiesen, daß eine solche Maßnahme die Kreditwürdigkeit der Landwirtschaft besonders im Auslande in einem zweifelhaften Lichte erscheinen lassen könnte. Die ganze Frage wurde als nicht spruchreif angesehen und dem Finanzministerium zur weiteren Prüfung überwiesen.

Anschließend wurde die allgemeine Kreditlage erörtert und festgestellt, daß die Ueberforderung des Kreditvolumens der Preussentasse zu Rückforderungen geführt habe, welche die Genossenschaftszentralen und Banken stark bedrückten. Zu dieser Einengung der Tätigkeit der Preussentasse trete noch ihre Belastung durch 60 Millionen der Rentenbankschuld.

Der Reichsfinanzminister ist gleichzeitig bereit, den im vorigen Jahre gegebenen Hundertmillionen-Düngerkredit erst zwischen der Ernte 1928 und dem 31. März 1929 in Raten zurückzufordern.

Dadurch würde die Preussentasse instand gesetzt, die am 1. Februar und am 1. April fälligen Wechselraten nicht zurückzufordern.

Die Lage des Auslandsgeldmarktes wurde als zurzeit ungünstig betrachtet. Es wird gerade hier eine Besserung erhofft. Dann wurde die Frage erörtert, ob die Begebung von Schatzwechseln zweckmäßig wäre, und festgestellt, daß die Reichsregierung in dieser Hinsicht von der Lage des Geldmarktes abhängig wäre. Schließlich wird vom Reich beabsichtigt, bis zu 100 Millionen als Zwischenkredit für die Ueberleitung der schwebenden Personalschuld in fundierte Kredite auszuwerfen.

Die weitere Behandlung des Schulgesetzes.

In der Behandlung des Schulgesetzes sind die Parteien nunmehr übereingekommen, die Paragraphen, die zu Konflikt Anlaß geben könnten, vorläufig nicht weiter zu beraten und die erste Lesung des Schulgesetzes zu Ende zu bringen, ohne diese Paragraphen zu erledigen. Nach einer Pause von drei bis vier Tagen wird sodann der interfraktionellen Ausschuss zusammentreten, um eine Lösung der entstandenen Schwierigkeiten zu versuchen.

Einheitsstaat nicht billiger als Bundesstaat.

Bayerns Ministerpräsident über die Länderkonferenz. München. Ministerpräsident Dr. Held empfing die Vertreter der bayerischen und außerbayerischen reichsdeutschen Presse, um ihnen ein Bild des Verlaufes und der Ergebnisse der Länderkonferenz in Berlin zu geben. Man erblicke in Bayern das wichtigste Ergebnis der Länderkonferenz darin, daß die Ländervertreter über die Notwendigkeit einer grundlegenden Aenderung der Weimarer Verfassung einig gewesen seien, wenn auch über den Weg dieser Aenderung auf der Konferenz keine Einmütigkeit bestanden habe. Schließlich habe der Verlauf der Länderkonferenz auch mit dem Schlagwort aufgeräumt, daß der Einheitsstaat billiger arbeite als der Bundesstaat.